



Protokoll

37. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 22. September 2025, 18:00 Uhr bis 22:13 Uhr
Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Weisung 90/2025 des Stadtrates: ARA Jungholz, Sanierung der Biologischen Reinigungsstufe (SBR) und Neubau Stufe Elimination Mikroverunreinigung (EMV); Kreditbewilligung
- 4 Weisung 71/2024 des Stadtrates: Revision Ortsplanung, Projekt «Stadtraum Uster 2035», Phase 2, Revision kommunale Richtplanung
- 5 Kenntnisnahmen

Präsenz

Vorsitz Protokoll	Ali Özcan (SP), Präsident Daniel Reuter, Ratsschreiber
Anwesend	36 Ratsmitglieder
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Beatrice Caviezel, Abteilungsvorsteherin Sicherheit Karin Fehr, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Pascal Sidler, Stadtschreiber
Entschuldigt	Dr. Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales
Medien	Christian Brändli, AvU Simeon Heuberger, Tele Z Eleanor Rutman, AvU

Der Präsident begrüsst die Medien und das Publikum auf der Tribüne sowie zusätzlich Manuela Raab, LG-Leiterin Verkehrsplanung.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratsschreiber.

Änderung Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

1 Mitteilungen

1.1 46. Greifenseelauf vom 21. September 2025

Gestern haben auch Mitglieder von Gemeinderat und Stadtrat am Greifenseelauf teilgenommen, wobei u. a. folgende Ränge erreicht worden sind:

Strecke 21,1 km

- 78. Andres Kronenberg (SP)
- 105. Balthasar Thalmann (SP)
- 180. Andreas Pauling (Grünliberale)
- 187. Tanja Göldi (SP)
- 373. Lukas Adam (Grüne)

Ob das ein Omen für die heutige Richtplan-Debatte sein könnte?

Strecke 10 km

- 59. Stadtpräsidentin Barbara Thalmann

1.2 Tele Z, Aufnahmen auf Bild- und Tonträger

Der Ratspräsident hat Simeon Heuberger, Tele Z, das Erstellen von Aufnahmen auf Bild -und Tonträger bewilligt (Art. 55 OrgErl GR).

1.3 Zum Auszählverfahren bei offenen Abstimmungen

Wir werden heute viele Detailabstimmungen durchzuführen haben. Dazu folgende Anweisungen:

1. Bei jeder Abstimmung stehen die Stimmenzähler auf.
2. Beim Zählen der JA-Stimmen zeigt jeder Stimmenzähler deutlich mit dem Zeigefinger, welches Ratsmitglied er zählt. Am Schluss zeigt jeder Stimmenzähler mit Handzeichen auf sich, wenn er sich selbst gezählt hat.
3. Anschliessend ist das Total der JA-Stimmen laut und deutlich, und zwar auf Hochdeutsch bekanntzugeben, und zwar vom mir aus gesehen von links nach rechts, d. h. zuerst von Patricio Frei (Grüne), dann von Jürg Krauer (FDP) und zum Schluss von Hans Denzler (SVP).
4. Der Ratsschreiber wiederholt dieses Total laut und deutlich.
5. Für die NEIN-Stimmen wird dieses Verfahren wiederholt.
6. Enthaltungen werden nicht ermittelt.

Persönliche Erklärungen

Andres Ott (SVP) verliest folgende Erklärung: *Das US-Energieministerium hat einen neuen Bericht vorgelegt, dieser wurde von namhaften Wissenschaftlern verfasst. Darin wird festgehalten, dass CO₂ kein Schadstoff ist. Die Administration unter Präsident Obama hatte CO₂ in die Schadstoffliste aufgenommen, um neue Steuern und Lenkungsabgaben zu erheben.*

Kohlendioxid ist aber kein Schadstoff, sondern der Grundstoff des Lebens. Wir bestehen zu 28% aus Kohlenstoff, ohne das CO₂ in der Luft können Pflanzen nicht wachsen. Bei einem höheren CO₂ Gehalt in der Luft wachsen die Pflanzen schneller, der landwirtschaftliche Ertrag wird grösser – oder warum wohl werden Gewächshäuser mit CO₂ begast? Auch die Baumgrenze ist nicht fix, sondern hängt gerade stark vom Partialdruck des CO₂ in der Luft ab, deshalb gibt es auch Fundstellen von Wäldern hoch über der aktuellen Baumgrenze. Es gab also auch längere Zeiten, in denen unsere Alpen schnee- und eisfrei waren. Wälder konnten wachsen und Römer bauten ihre Strassen.

Entgegen der Klima-Hysterie zeigen Messungen und Versicherungsstatistiken keine Zunahme von Dürren, Hurrikans oder Starkregen – entgegen der Panikmache in den Medien. Der Bericht ist mit Hunderten Quellen untermauert und fordert eine Debatte heraus.

Die Schlussfolgerung im Bericht ist: Die Politik des CO₂-Verbots sei weder wissenschaftlich noch wirtschaftlich gerechtfertigt. Der Bericht fordert eine ehrliche wissenschaftliche Debatte, die der Weltklimarat bisher verweigert hat.

Es könnte nun sein, dass die USA aus dem Pariser Abkommen aussteigt und Europa wäre allein mit Ihren Wohlstandsvernichtenden Massnahmen, beim Versuch die Welt zu retten. Durch die Vervielfachung der Strompreise und das Wachstum immer neuer CO₂-Abgaben kann die Industrie hier nicht überleben und wird in Länder abwandern wo, diese Belastungen nicht bestehen. Damit haben wir weniger CO₂-Ausstoss bei uns, aber der weltweite Ausstoss wird sich dank eben dieser Massnahmen vergrössern.

Zu den erneuerbaren Energien ist noch zu sagen, die Quelle, die Sonne ist für unseren Horizont tatsächlich unerschöpflich, jedoch muss der ganze Gewinnungsprozess bis zum Endverbraucher angesehen werden. Die nötigen seltenen Erden, die dazu nötig sind, sind tatsächlich selten und damit absolut nicht unerschöpflich. Auch sind wir da vom Ausland abhängiger als von den sogenannten fossilen Energieträgern, die eine viel höhere Energiedichte innehaben.

Hier lokal sollten wir pragmatisch bleiben, auf keinen Fall dürfen wir ein teuer gebautes Gasnetz ohne Not einfach Rückbauen, momentan wird immer noch mehr Energie durch dieses Netz verteilt als durch unser Stromnetz, dies kann nicht mittelfristig umgestellt werden.

Bei all unseren Entscheiden müssen wir ein Mittelmass finden und nicht einfach alles der CO₂-Vermeidung unterordnen.

Peter Mathis-Jäggi (SP) verliest folgende Erklärung: *Was heisst Nachhaltigkeit? Nachhaltigkeit kennt eigentlich nur eines: Die Bedürfnisse der Gegenwart so zu befriedigen, dass die Möglichkeit der zukünftigen Generationen nicht eingeschränkt werden.*

Sie stützt sich auf das Zusammenspiel von drei Säulen: ökologische Verantwortung (Schutz von Klima und Ressourcen), ökonomische Verantwortung (nachhaltiges Wirtschaften) und soziale Verantwortung (soziale Gerechtigkeit und faire Arbeitsbedingungen).

Beispiele dazu sind: Umweltfreundliche Transportmittel benutzen, nachhaltige Ernährung praktizieren, Abfall reduzieren und recyceln.

Im vorliegenden Flugblatt über das Programm der Nachhaltigkeitstage finden sich Möglichkeiten letzteres genauer anzuschauen bzw. sich zu informieren.

Unsere Fachstelle für Nachhaltigkeit hat diverse Anlässe aufgelistet, die Sie besuchen können. Steigern Sie die Nachhaltigkeit des Flugblatts. Machen Sie Werbung für die Anlässe. Nutzen Sie die verschiedenen Möglichkeiten sich über die Wiederverwendung von Materialien und Ressourcen zu informieren.

Übrigens – in folgenden Geschäften wird die Nachhaltigkeit auch eine wichtige Rolle einnehmen.

Patricio Frei (Grüne) verliest folgende Erklärung: *Was Ideologie von Werten unterscheidet. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde uns Linken und Grünen von bürgerlicher Seite «ideologische Starrköpfigkeit» vorgeworfen. «Ideologie» wird von jener Seite dabei wie ein Schimpfwort verwendet und uns gerne zugeworfen, wenn man nicht gleicher Meinung ist. Doch was bedeutet dieses Wort? Die KI erklärt es wie folgt: «Eine Ideologie ist eine umfassende Weltanschauung, die Ideen, Werte und Theorien zu einem System zusammenfasst und einen Plan für die Gesellschaft und Politik liefert. Sie gibt vor, die richtigen Lösungen für alle gesellschaftlichen Probleme zu haben und prägt das Handeln ihrer Anhänger, die diese Ideen oft starr und einseitig vertreten. Der Begriff stammt aus dem Griechischen und bedeutet ursprünglich 'Lehre von den Ideen'.»*

Wir Grünen setzen uns für den Schutz der Umwelt und der Tiere ein, für Inklusion, Gleichberechtigung und Toleranz. Reicht das bereits für eine Ideologie? Wie wir uns dafür einsetzen, ist auf keinem Papier festgeschrieben, sondern ist bei uns Grünen sehr individuell geprägt. Statt «Ideologie» könnte man dies auch «Werte» nennen. Sie sind unser innerer Kompass oder Wegweiser und geben uns Orientierung beispielsweise bei der Behandlung der Geschäfte im Gemeinderat.

Ebenso gut könnten auch wir den Bürgerlichen vorwerfen, dass sie für ihre 2 Tonnen schweren Zürichberg-Traktoren am liebsten vierspurige Zubringer ins Zentrum von Uster hätten, mit endlosen, asphaltierten Parkfeldern auf beiden Seiten der Fahrbahn und dies als «Ideologie» Ewiggestriger, Egoisten und Rappenspalter deklarieren. Tun wir aber nicht. Denn das bringt uns keinen Schritt weiter.

Jede und jeder der hier im Rat sitzt, hat seine eigenen Werte, vielleicht auch seine eigene Ideologie. Diese unterscheiden sich teilweise sehr stark. Das ist gut so und soll auch so sein, schliesslich vertreten wir unterschiedliche Parteien. Oder möchte wirklich jemand, dass wir bei allen Themen einer Meinung sind? Mit Demokratie hätte dies nichts mehr zu tun. Bei einer gelebten Demokratie aber geht es genau um das: Um das Vorbringen von Argumenten, um das Zuhören, um Auseinandersetzungen und um das Ringen um Lösungen. Die Basis dazu bilden nicht irgendwelche haltlose Vorwürfe, sondern gegenseitiger Respekt.

Dominic Ramspeck (Grüne) verliest folgende Erklärung: *In den letzten 40 Jahren, also seit dem letzten Ustermer Richtplan, ist die Schweizer Bevölkerung um 40 % gewachsen. Der Bestand an PKW hat in dieser Zeit laut Bundesamt für Statistik um 85 % zugenommen.*

Heute haben wir über 4,8 Mio. immatrikulierte PKW im Land. Stellt man diese Stossstange an Stossstange, ergäbe dies eine Blechschlange von über 20'000 Kilometern Länge. Damit könnte man die Schweizer Aussengrenze gleich elfmal umwickeln.

Gewachsen ist nicht nur die Anzahl der Autos auf unseren Strassen. Auch sie selbst werden immer grösser. Viele fahren gerne einen dicken SUV. Aber auch die Brotsorten-Modelle von Fiat, VW & Co. haben an Länge, Breite und Gewicht zugelegt.

Nicht gewachsen ist in dieser Zeit bekanntlich die Fläche unseres Landes und der Strassenraum in unseren Städten.

Mit dem neuen Richtplan stellen wir in Uster die Weichen für die Mobilität in den nächsten zwanzig Jahren. Gefordert ist eine möglichst gute Lösung für ein ganzes Bündel konkreter Probleme und Anforderungen.

Das Kleben am Status quo der 80er Jahre – die Forderung nach freier Zugänglichkeit der ganzen Stadt für den motorisierte Individualverkehr und Parkplätze für alle – ist schlicht realitätsfremd. Sowohl in Anbetracht des heutigen Verkehrsaufkommens als auch im Hinblick auf die künftige Entwicklung.

Wer mit Massnahmen zur Verkehrssteuerung nicht einverstanden ist, sollte nicht einfach nur Nein sagen dürfen. Sondern müsste auch einen handfesten Vorschlag haben, wie wir mit immer mehr Autos in unserer begrenzten Innenstadt umgehen können.

Bei den anstehenden Abstimmungen unter dem Thema Mobilität darf es nicht um einen ideologischen Kampf für oder gegen das Auto gehen. Dafür ist die Sache viel zu wichtig. Wir brauchen heute nachhaltige Lösungen für das Uster von Morgen. Für ein Uster mit noch mehr Menschen und entsprechendem Mobilitätsbedarf. Vieles lässt sich heute noch nicht voraussehen. Sicher ist nur, dass unser Raum begrenzt bleibt und die Fahrzeuge auf unseren Strassen wohl nicht weniger werden.

Präsident Ali Özcan (SP): *Diese Erklärung wäre von mir für die nachfolgende Debatte über den Richtplan (Weisung 71/2024) vorgesehen gewesen.*

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 35. und 36. Sitzung des Gemeinderates vom 1. September 2025 ist am 12. September 2025 öffentlich zugänglich gemacht worden. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 57 OrgErl GR als genehmigt.

3 Weisung 90/2025 des Stadtrates: ARA Jungholz, Sanierung der Biologischen Reinigungsstufe (SBR) und Neubau Stufe Elimination Mikroverunreinigung (EMV); Kreditbewilligung

Für die Kommission Planung und Bau (KPB) referiert **Andres Kronenberg (SP)**: *Die KPB hat am 18. August einstimmig beschlossen die Weisung zur ARA Jungholz zu unterstützen und bittet den Gemeinderat heute um Zustimmung dieser Vorlage.*

Im vorliegenden Beschluss geht es um die dritte Etappe der Langfristplanung, um die Sanierung und Erweiterung der biologischen Abwasserreinigung sowie die neue Reinigungsstufe zur Elimination Mikroverunreinigung EMV. Der Gemeinderat hat im September 2022 dem Projektierungskredit von 2,5 Millionen Franken zugestimmt, auch das einstimmig.

Die Notwendigkeit des Ausbaus der Kapazität und die Einführung der EMV-Stufe sind unbestritten. Die erste Etappe wurde bereits 2020 unter Budget abgeschlossen, die zweite Etappe, die Schlammbehandlung steht kurz vor Abschluss. Die Projekte sind unter Kontrolle.

Jörg Ringwald, Betriebsleiter der ARA gab an der KPB-Sitzung bereitwillig Auskunft zum Projekt.

- *Mit dem vorliegenden Projekt kann die Erweiterung der ARA auf dem vorhanden eigenen Gelände realisiert werden, weder das Naturschutzgebiet noch die Verkehrswege für Velo und Autos werden eingeschränkt. Die zeugt von guter Planung und ist eine Herausforderung in der Realisierung.*
- *Mit einer gut funktionierender Denitrifizierung wird auch der Ausstoss von Lachgas, einem potenten Klimagas, reduziert.*

Insgesamt konnten wir feststellen:

- *Die Weisung wurde sorgfältig und umfassend ausgearbeitet.*
- *Das Projekt wurde von der Steuerungsgruppe ARA mit externen Fachleuten und Vertretern der EAWAG und dem AWEL begleitet.*
- *Die Spezialfinanzierung der Stadtentwässerung und ARA wurde transparent dargestellt. Nachdem die Abwassergebühren zwischen 2001 und 2023 unverändert gelassen werden konnten, wurde diese vorausschauend per 1.1.25 bereits um 15% erhöht.*

Würdigung: Abschließend möchte ich mich im Namen der KPB herzlich für die ausgezeichnete und detaillierte Ausarbeitung der Weisung und für die offene Kommunikation bedanken. Die klare Darstellung und die fundierte Analyse machte die Entscheidungsfindung einfach.

Die KPB bittet Sie, der Weisung zuzustimmen.

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Balthasar Thalmann (SP)**: *In der RPK wurde das Projekt von Stadtrat und Verwaltung ebenfalls vorgestellt.*

Fragen zu Dimensionierung, zur Technik und zu weiteren Themen wurden sehr gut beantwortet werden und führten nicht zu grösseren Diskussion. Aus finanzieller Optik zu erwähnen sind:

- *die gewählten technischen Lösungen waren auch wirtschaftlich von Vorteil;*
- *die Gemeinde Greifensee bezahlt rund 15% an die Gesamtkosten der ARA; das wird auch mit dem Ausbau so sein;*
- *dass aus den Bundessubventionen noch einige Millionen Franken fliessen werden, wurde positiv zu Kenntnis genommen;*
- *ebenfalls zur Kenntnis genommen wurde der kürzlich gefällte Entscheid des Stadtrates, die Abwassergebühren zu erhöhen. Damit wird eine grössere Verschuldung der Spezialfinanzierung Siedlungsentwässerung und eine grössere sprunghafte Gebührenanpassung zu einem späteren Zeitpunkt vermieden.*

Die RPK hat der Weisung einstimmig zugestimmt.

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Walter Meier (EVP)**: *Am 17. Juni 2007 hat das Ustermer Stimmvolk mit einem JA-Stimmenanteil von 88.69 % einen Kredit von 30 Mio. für die Erweiterung und Erneuerung der biologischen Stufe der Abwasserreinigungsanlage Uster bewilligt. Damals hielt das SBR-Verfahren Einzug in Uster. Im Jahr 2014 hat der Gemeinderat die Bauabrechnung behandelt.*

Keine 20 Jahre nach der Volksabstimmung bei dem es um CHF 30 Mio. ging, stimmen wir in Kürze über CHF 41 Mio. ab. Der neue Teil von damals wird saniert und eine wichtige Neuerung gebaut: Die Stufe EMV (Elimination Mikroverunreinigung). Solange wir diese Stufe nicht haben, zahlen wir einen jährlichen «Penalty» von ca. CHF 350'000.

Der Kredit ist gebührenfinanziert; d.h. wir müssen diese Investition nicht aus der Selbstfinanzierung des Ustermer Stadthaushaltes finanzieren. Aber die Rechnung der Stadtentwässerung muss aufgehen. Aus diesem Grund hat der Stadtrat die Gebühren per 1. Januar 2025 um 15 % erhöht und damit nur die aufgelaufene Inflation seit 2001 ausgeglichen. Damit sollten wir wieder ein paar Jahre auskommen.

Die Grünliberale/EVP-Fraktion steht hinter der ARA und damit auch hinter dem Kredit. Wir stimmen JA und empfehlen dem Stimmvolk, das gleiche zu machen.

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Jürg Krauer (FDP)**: *Auch die FDP/Die Mitte Fraktion unterstützt den Kredit für die Sanierung der biologischen Reinigungsstufe und den Neubau Stufe Elimination Mikroverunreinigung.*

Diese 3. Ausbaustufe bildet den vorläufigen Abschluss der Modernisierung und Erweiterung unserer Kläranlage auf den heutigen Stand der Technik und auf eine Kapazität von 60'000 Einwohnerinnen und Einwohner. Mit dieser Etappe sollten wir nun für die nächsten zwei Jahrzehnte voll funktionsstüchtig sein.

Alles gut also? Naja, nicht ganz. Ein paar Kritikpunkte finanzieller Natur sind angebracht:

- *Auch wenn die Mehrkosten mehr oder weniger erklärt werden konnten. Vor ziemlich genau drei Jahren, als wir den Planungskredit von 2.5 Mio CHF für diese dritte Etappe beschlossen haben, ist man noch von einem Investitionskredit von 30.6 Mio. CHF ausgegangen. Eine Kostensteigerung von immerhin 30%!*
- *Im Kommissionsreferat vor drei Jahren ist Balthasar Thalmann der Frage nachgegangen, ob mit der heutigen Gebührenhöhe auch langfristig die Kosten gedeckt werden können. Dannzumal war die Antwort, dass ein Schuldenabbau mit stabilen Gebühren möglich ist. Wohlverstanden, die Gebühren sind seit 2001 in Uster stabil.*

Drei Jahre später ist dieses Versprechen Makulatur: Ab 2027 wird die Verschuldung durch die Investitionen in die ARA und bei der Stadtentwässerung zunehmen, was zu Defiziten in der Erfolgsrechnung führt. Die externe Beratungsfirma Swissplan schlägt eine Gebührenerhöhung um 20% spätestens ab 2032 vor. Der Stadtrat hat daher per 1. Januar 2025 die Abwassergebühren vorsorglich bereits um 15% angehoben.

Diese nicht unbedeutenden Kritikpunkte hindern uns aber nicht daran, diese Weisung anzunehmen und die Erneuerung und den Ausbau der ARA zeitnah zu starten.

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, nimmt Stellung: *Besten Dank für Ihre Einführungen in das Geschäft. Die Kommissionreferate und die beiden einstimmigen Resultate in den Kommissionen zeigen, dass das Geschäft politisch unbestritten ist – völlig zu Recht unbestritten ist, weil ein sauberer Greifensee ein Anliegen ist, das nichts mit rechts oder links zu tun hat, weil dieses Anliegen schlicht und einfach im Interesse von uns allen liegt.*

Dazu trägt auch die neue Reinigungsstufe, die EMV-Stufe bei, die zu bauen wir nach Bundesrecht sowieso verpflichtet sind. Und auch die Anpassung an die grösser gewordene und noch grösser werdende Stadt ist nötig, genauso wie wir das auch bereits bei den beiden anderen Reinigungsstufen, der mechanischen Abwasserreinigung und der Schlammbehandlung, gemacht haben.

Bedanken möchte ich mich auch für die sehr speditive Behandlung dieser Vorlage in beiden Kommissionen. Das zeigt zum einen, dass wir alle Ihre Fragen offenbar zur Befriedigung der Kommissionsmitglieder haben beantworten können. Und das stellt zum anderen auch sicher, dass die Urnenabstimmung über diesen Kredit am 8. März 2026 stattfinden kann.

Dass diese Volksabstimmung positiv ausfallen wird, ist nicht nur zu hoffen, sondern davon ist auszugehen. Nur zur Erinnerung: Die Abstimmung über den Kredit für den Ausbau der Schlammbehandlung hat 2022 einen Ja-Stimmen-Anteil von 91,2 Prozent erreicht. Was eben zeigt, wie breit und gross die Unterstützung der Bevölkerung für eine saubere Abwasserreinigung ist. Ich will nicht länger werden, wir haben anschliessend ja noch etwas anderes zu tun. Im Namen des Stadtrats danke ich Ihnen, wenn Sie dieser Weisung zu Handen der Volksabstimmung zustimmen.

Detailabstimmung

Die KPB beantragt mit 8:0 Stimmen (abwesend 1) zum Dispositiv:

Ziffer 3 wird gestrichen (Ziffer 4 bisher und 5 bisher werden zu Ziffer 3 und 4).

Begründung: Art. 14 Ziff. 7 GO schreibt das obligatorische Referendum vor, womit die Stimmberechtigten in jedem Fall an der Urne abstimmen. Über ablehnende Beschlüsse des Gemeinderates, ausgenommen abgelehnte Volksinitiativen, findet keine Urnenabstimmung statt (Art. 16 Bst. g GO).

Präsident Ali Özcan (SP): Bei der Detailberatung einer Vorlage kann auf die Abstimmung verzichtet werden, wenn ein Antrag unbestritten ist und kein Gegenantrag erfolgt. Der Antrag gilt als Beschluss (Art. 74 Abs. 6 OrgErl GR).

Der Antrag gilt als Beschluss.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 35:0 Stimmen:

- 1. Für die Sanierung der biologischen Reinigungsstufe (SBR) und den Neubau der Stufe zur Elimination von Mikroverunreinigungen (EMV) der ARA Jungholz wird ein einmaliger Investitionskredit von 41,366 Mio. Franken exkl. MWST (Kostenvoranschlag +/-10 Prozent) bewilligt.**
- 2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die erforderlichen Mittel gegebenenfalls auf dem Darlehensweg zu beschaffen.**
- 3. Alle Kredite erhöhen sich um den Betrag der aufgelaufenen Bauteuerung seit Preisbasis des Kostenvoranschlages (Oktober 2024).**
- 4. Mitteilung an den Stadtrat.**

4 Weisung 71/2024 des Stadtrates: Revision Ortsplanung, Projekt «Stadtraum Uster 2035», Phase 2, Revision kommunale Richtplanung

B. Detailberatung (Fortsetzung)

Präsident Ali Özcan (SP): Die Verhandlungen vom 1. September 2025 werden mit der Detailberatung des Teilrichtplans «Mobilität» fortgesetzt.

Bei der Detailberatung einer Vorlage kann auf die Abstimmung verzichtet werden, wenn ein Antrag unbestritten ist und kein Gegenantrag erfolgt. Der Antrag gilt als Beschluss (Art. 74 Abs. 6 OrgErl GR).

Alle Kommissionsanträge, denen der Stadtrat am 18. März 2025 zugestimmt hat (siehe jeweils die rot eingefärbte Bemerkung «KPB 18.3.2025 Stadtrat stimmt KPB-Antrag zu»), gelten bereits als genehmigt und werden nicht mehr beraten.

Über die Anträge der KPB, bei denen Stadtrat an seinem ursprünglichen Antrag festhält, findet immer eine Abstimmung statt. Das gilt auch für die Minderheitsanträge der KPB.

Paul Stopper (BPU) hat eine Tischvorlage «Uster steigt um» verteilen lassen.

Beilage zum Protokoll

- Protokoll_GR_20250922_Mobilitaet

C. Rückkommensanträge

Präsident Ali Özcan (SP): Ulrich Schmid (SVP) hat am 22. September 2025 Rückkommen auf den Antrag 900/B9.01 Apothekerstrasse (Teilrichtplan öffentliche Bauten und Anlagen) beantragt. Falls Rückkommen beschlossen wird, ist die Diskussion über den Antrag 900 wieder frei.

Der Rückkommensantrag von Ulrich Schmid (SVP) wird ohne Gegenantrag angenommen.

Vorname, Name: Simon Vlk (FDP), Marco Kranner (Grünliberale), Andres Ott (SVP)

Datum: 27.08.2025

ANTRAG 900

Teilrichtplan: öffentliche Bauten und Anlagen

Dokumentbezeichnung: B9 Weitere öffentliche Bauten und Anlagen (Neu)

Seite: S.38 (Neu)

Nummer/Bezeichnung: B9.01 Apothekerstrasse 18

Antrag:

B.9 Ziele

Mehr Wohnraum für die Ustermer Bevölkerung

Durch die punktuelle Abtretung von städtischen Baulandreserven und Bauten im Baurecht an Dritte soll zusätzlicher Wohnraum und/oder Arbeitsplätze für die Bevölkerung geschaffen werden

B.9 Allgemeine Festlegungen

Die Stadt Uster tritt punktuell städtische Baulandreserven und Bauten im Baurecht an Dritte ab, um zusätzlichen Wohnraum und/oder Arbeitsplätze für die Bevölkerung zu schaffen

B9.01 Handlungsauftrag

Liegenschaft sowie (Teil der) dazugehörige Parzelle im Baurecht abgeben, Quersubventionierung der Renovation Apothekerstrasse 18 durch Realisierung eines Investitionsobjekts

Begründung:

Die Renovation der Liegenschaft an der Apothekerstrasse seitens Stadt Uster würde voraussichtlich zu jährlichen Folgekosten von ca. einer Viertelmillion Franken zu Händen der Steuerzahlenden führen. Die Stadt Uster soll die Liegenschaft an der Apothekerstrasse 18 sowie (einen Teil) der Parzelle im Baurecht an Dritte abgeben. Die Kosten für die Renovation der Liegenschaft sollen durch die Realisierung eines Investitionsobjekts quersubventioniert werden. Es wird dringlich benötigter Wohnraum für die Ustermer Bevölkerung geschaffen zur Linderung der allgemeinen Wohnungsknappheit.

Stellungnahme Abt. Bau:

Ulrich Schmid (SVP): Der Antrag 900 ist gut gemeint, will man doch eine praktikable Lösung zum Thema «Wie weiter mit der Apothekerstrasse 18». Eine Verankerung im Richtplan ist aber der falsche Ort, um diese Thematik zu lösen resp. sogar Verbindlichkeiten festzulegen. Stadtrat Stefan Feldmann hat es bereits anlässlich seines Votums am ersten Teil der Richtplan-Sitzung ausgeführt: Man müsste in der Folge Bildungliegenschaften, Kulturliegenschaften, Sportliegenschaften, etc. wie auch weitere städtische Grundstücke ebenso erfassen. Das macht einfach keinen Sinn!

Dieses Geschäft gehört zur Ausarbeitung in die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) und da ist es ja auch bereits und da soll es bleiben.

Hiermit stelle ich den Antrag, dass nochmals über den Antrag 900 «B9.01 Apothekerstrasse 18» abgestimmt wird. Stimmen Sie bitte dem Antrag 900 nicht zu!

Simon Vlk (FDP): *Ich erlaube mir nochmals kurz unseren Antrag zu begründen.*

Die Renovation der Liegenschaft an der Apothekerstrasse seitens Stadt Uster, würde gemäss dem aktuell der KÖS vorliegenden Projekt, zu jährlichen Folgekosten von einer Viertelmillion Franken zu Händen der Steuerzahlenden führen.

Die Mehrheit der Mitglieder der KÖS, und auch der Gemeinderatsfraktionen, ist der Ansicht, dass es deshalb zielführend wäre, die Liegenschaft an der Apothekerstrasse 18 sowie (einen Teil) der Parzelle im Baurecht an Dritte abgeben. Die Kosten für die Renovation der Liegenschaft sollen durch die Realisierung eines Investitionsobjekts quersubventioniert werden. Gleichzeitig wird dringlich benötigter Wohnraum für die Ustermer Bevölkerung geschaffen zur Linderung der Raumknappheit.

Der Stadtrat hat angekündigt, für den Falle, dass die Mehrheit des KÖS den Kredit ablehnt, zurückweist oder was auch immer, er die Renovation grösstenteils trotzdem vornimmt, und zwar als gebundene Kosten. Damit umgeht der Stadtrat wissentlich den Willen der Mehrheit der KÖS.

Es ist uns klar, dass die Flughöhe dieses neuen Richtplan Kapitel nicht die höchste ist. Man kann aber auch sagen, das trifft durchaus auf einige andere neue Richtplaneinträge zu. Durch unseren Antrag wird zudem die Abgabe im Baurecht behördenverbindlich.

Auch wir drei KÖS-Mitglieder, welche den Antrag eingereicht hatten, hätten Alternativen gewünscht, und über mehrere Sitzungen nach diesen nachgefragt. Doch mangels diesen, haben sich Andres Ott (SVP), Marco Kranner (Grünliberale) und ich für diesen, ich sage mal «Kniff», entschieden.

Noch ein letztes Mal: Die derzeitige Variante des Stadtrats würde zu jährlichen Kosten von einer viertel-Million Franken Kosten zu Händen der Steuerzahlenden führen. Wer also dem Rückkommensantrag unterstützt, ist verantwortlich von Folgekosten, allein die nächsten 20 zwanzig Jahre von 5'000'000 Franken.

Stadtrat Stefan Feldmann: *Zuerst möchte ich an dieser Stelle Ulrich Schmid für diesen Rückkommensantrag danken. Dieser Entscheid, auf den Sie jetzt zurückgekommen sind, ist am 1. September 2025 zu sehr fortgeschrittener Stunde gefallen. Und darum ist vielleicht auch nicht allen so ganz klar gewesen, was da jetzt entschieden wird oder worden ist.*

Meine Argumentation habe ich Ihnen bereits am 1. September 2025 dargelegt, ich will diese Argumente jetzt nicht in voller Länge wiederholen, das können Sie im Protokoll nachlesen. Nur nochmals die zwei wichtigsten Punkte:

Erstens: Es macht schlicht und einfach keinen Sinn, für eine einzige Liegenschaft der Stadt Uster im Richtplan ein eigenes Kapitel zu schaffen. Das ist schlicht und einfach nicht stufengerecht. Dazu kommt, dass der Inhalt dieser Zielsetzung – Stichwort: Abgabe im Baurecht – wenn schon ins Kapitel «Siedlung» gehören würde, wo die Zielsetzungen zur Wohn- und Bodenpolitik definiert worden sind. Stichwort zum Beispiel: «Preisgünstiges Wohnen».

Und zweitens: Der Auslöser dieses Antrags ist ja, dass ein Teil der KÖS mit der aktuell in dieser Kommission pendenden Weisung über diese Liegenschaft ein Problem hat, diese Weisung nicht gut findet. «Fair enough» – das ist das Vorrecht der vorberatenden Kommission, aber dann lösen Sie das Problem mit dieser Weisung dort bei dieser Weisung: Mit einer Rückweisung, die einen Auftrag an den Stadtrat formuliert, mit einem parlamentarischen Vorstoss oder letztlich halt mit einer Ablehnung. So wie Sie das auch tun müssten, wenn jetzt nicht per Zufall parallel auch noch der Richtplan in der parlamentarischen Beratung stehen würde.

Ich finde und erlaube mir das zu sagen, weil ich auf kantonaler Ebene selbst auch Parlamentarier bin: Als Parlamentsmitglied sollte man das parlamentarische Handwerk ernst nehmen und nicht mit derart billigen Tricks arbeiten.

Und dann noch rasch zu den gebundenen Kosten, die jetzt von Simon Vlk ins Spiel gebracht worden sind: Gebundene Kosten sind dazu da, um für den Werterhalt einer Liegenschaft zu sorgen. Finanziert werden können nur solche Teile eines Vorhabens, aber nichts Neues. Es ist also nicht so, dass der Stadtrat bei einer Ablehnung der Weisung 81/2025 das ganze Projekt einfach als gebunden erklären könnte. Welche Anteile die gebundenen Kosten am Total dieses Kredits ausmachen, das ist in der Weisung ausgewiesen worden. Dass für gebundene Ausgaben der Stadtrat zuständig ist, ergibt sich aus der kantonalen Gesetzgebung. Und diese gesetzlichen Zuständigkeiten können Sie auch nicht, wie der Antragsteller offenbar glaubt, durch eine Änderung im Richtplan aushebeln.

*Wie ich Ihnen bereits am 1. September gesagt habe: Dieser Antrag ist ein Murks. Darum: Verzicht-
ten Sie auf die Schaffung eines eigenen Kapitels nur einzig für diese Liegenschaft und lehnen Sie
den Antrag 900, wie vom Präsidenten der SVP/EDU-Fraktion beantragt, ab.*

Der Antrag 900 wird mit 13:21 Stimmen a b g e l e h n t .

Pause von 21:35 Uhr bis 21.40 Uhr

D. Schlussvoten

Präsident Ali Özcan (SP): Schlussvoten gemäss Eintretensdebatte vom 1. September 2025, jetzt
aber in umgekehrter Reihenfolge.

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, nimmt Stellung: *Nach zwei intensiven
Gemeinderatsitzungen, vielen Diskussionen und Abstimmungen ist jetzt der neue Richtplan durch-
beraten und bereit für die Schlussabstimmung. Vorab: Danke für Ihre Arbeit in der Kommission und
hier im Plenum für die geführte Debatte. Es ist von vielen Seiten, von der Verwaltung und externen
Fachleuten, über den Stadtrat, die KPB und den Gemeinderat viel Arbeit geleistet worden. Und da-
für möchte der Stadtrat allen den Dank aussprechen.*

*Während den Sitzungen habe ich ein wenig Buch geführt: Der Gemeinderat hat – wenn ich mich
nicht erzählt habe – jetzt total 135 Änderungen am Richtplanentwurf des Stadtrats vorgenommen.
82 Änderungen sind dabei ohne Abstimmungen angenommen worden, weil sich der Stadtrat diesen
hat anschliessen können und auch keine Minderheitsanträge gestellt worden sind.*

*Natürlich stellen sich alle nach so langer Debatte die Frage: Wer hat denn jetzt gewonnen? Wer hat
sich durchgesetzt? Ich würde meinen, es ist ein Unentschieden: 81 aller angenommenen Anträge
gehen auf Anträge von SVP und FDP zurück, 54 Änderungen auf Anträge von SP, Grüne und Grünli-
berale. Zugegeben: Das ist jetzt eine rein quantitative Betrachtungsweise, nicht jeder Antrag hat
das gleiche Gewicht.*

*Man kann ab er auch sagen, alles in allem liegt das Resultat doch recht nahe beim Resultat der
Kommissionsberatungen: In der Kommission sind – wie erwähnt – 82 Anträge beschlossen worden,
denen sich der Stadtrat angeschlossen hat. Im Gemeinderat sind jetzt noch 53 Anträge dazugekom-
men. Das Resultat ist also näher bei der Kommissionsvorlage als beim Stadtrat. Und diesem Resul-
tat haben Sie ja in der Kommission von rechts bis links zustimmen können.*

*Nicht vergessen werden sollte auch, an welchem Massstab der neue Richtplan jetzt in der Schluss-
abstimmung gemessen werden muss. Der Massstab ist nicht der eigene Wunsch-Richtplan, der
Massstab ist der bisherige, 40 Jahre alte, veraltete Richtplan. Eine Ablehnung in der Schlussabstim-
mung oder auch ein allenfalls erfolgreiches Referendum würde nicht dazu führen, dass die eigenen
Vorstellungen gelten würden, sondern in Kraft bleiben würde dann einfach der bisherige, veraltete
Richtplan. Man muss also beurteilen, ob dieser Richtplan schlechter ist als der veraltete Richtplan
von 1986.*

*Ich meine, dass dieser Richtplan, der jetzt vorliegt, sicher ein Fortschritt ist, auch wenn der Stadtrat
sich nicht in allen Punkten hat durchsetzen können und sich bei der einen oder anderen Abstim-
mung selbstverständlich ein anderes Resultat gewünscht hätte.*

*Ich habe es bereits bereits beim Eintreten gesagt: Uster braucht einen Richtplan fürs 21. Jahrhun-
dert und keinen Richtplan aus den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts. Diese Anforderungen dürf-
ten alles in allem doch erfüllt worden sein und darum bitte ich Sie namens des Stadtrats, in der
Schlussabstimmung diesem bereinigten Richtplan zuzustimmen.*

Für die Grüne-Fraktion nimmt **Patricio Frei (Grüne)** Stellung: *Aus Sicht der Grünen verlief die De-
batte über die Revision des kommunalen Richtplans durchzogen: Einige wichtige Entscheide gingen
im Interesse der Grünen aus, einige Abstimmungen aber haben wir leider verloren. Besonders freut
uns, dass im Richtplan nun Vorgaben zu preisgünstigem Wohnen festgeschrieben werden – und
dies mit Unterstützung aus den Reihen der SVP. Nicht gefallen hat uns, dass die Veloabstellplätze
inklusive der Bäume im Südosten des Bahnhofs nicht erhalten werden sollen und dass wertvolles
Kulturland beim Schulhaus Hasenbühl nicht geschützt wird. Insgesamt mussten bei diesen Verhand-
lungen des Richtplans alle Seiten ihre Wünsche ein wenig zurückstecken. Im Grossen und Ganzen
bleibt es ein ausgewogener Vorschlag.*

SVP und FDP haben bereits vor der Behandlung des Richtplans mit dem Referendum gedroht. Auch wenn es aus demokratischer Sicht interessant wäre, das heutige Ergebnis an der Urne zu legitimieren, tun die beiden Parteien gut daran, das heutige Verdikt zu akzeptieren. Ansonst droht eine weitere Verzögerung bis der in die Jahre gekommene, aber noch immer gültige Richtplan endlich in den verdienten Ruhestand geht. All diejenigen, die vom heutigen Wurf profitieren werden – nebst den Bewohnerinnen und Bewohnern von Uster auch Investorinnen und Investoren von Wohnbauten – werden es Ihnen verdanken.

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion nimmt **Jürg Krauer (FDP)** Stellung: *Das Ziel des kommunalen Richtplanes muss es sein, die Stossrichtungen und Leitplanken für unsere Stadtentwicklung festzulegen. Uster soll lebendig, wirtschaftlich stark und zukunftsfähig sein!*

Mit dem Richtplan müssen wir also auf der einen Seite die künftigen Herausforderungen bewältigen können und wir müssen auf der anderen Seite insbesondere auch sicherstellen, dass die Stadt attraktiv bleibt für Unternehmen, zur Ansiedelung von Arbeitsplätzen, und Investoren, damit wir die immens hohen notwendigen Investitionen tätigen können.

Die Wohnbevölkerung wird automatisch zunehmen, ob wir dies wollen oder nicht. Hierzu braucht es keine besonderen Fördermassnahmen. Die Herausforderung ist, dass Uster nicht gänzlich zur Schlafstadt wird und das angestrebte Verhältnis von 1 Arbeitsplatz pro 2 Einwohner aufrechterhalten werden kann. So, wie es der Stadtrat in seiner Strategie 2030 selbst festgelegt hat.

Im Übrigen spricht der Stadtrat von Arbeitsplätzen und nicht von Vollzeitäquivalenten. Der Trend zu Teilzeitarbeit spielt ihm direkt und ohne eigenes Zutun in die Hände. Auch ist das Ziel nicht besonders ambitioniert, so haben umliegende Vergleichsgemeinden wie Dübendorf, Volketswil oder Wetzikon allesamt deutlich mehr Arbeitsplätze als nur im Verhältnis 2:1. Dies mehr als Randbemerkung. Trotz diesem sehr bescheidenen Verhältnis, genau dieses Ziel sehen wir mit dem nun abgeänderten Richtplan in Frage gestellt!

Wir Bürgerlichen haben mittels gezielter Anträge versucht, einen pragmatischen zukunftsfähigen Richtplan zu erarbeiten. In der KPB ist uns dies sehr gut gelungen. Leider wurde ein Grossteil dieser Verbesserungen in der Gemeinderatsdebatte nun wieder zunichte gemacht.

Wer die letzte und auch die heutige Debatte da im Rat verfolgt hat, dem ist natürlich klar, dass sich die linke Ratsseite bei den wichtigen Themen durchgesetzt und die Bürgerlichen hauptsächlich nur bei unbedeutenden Anträgen unterstützt haben. Kurz gesagt: Die linke Ratsseite hat gewonnen, die rechte Ratsseite hat verloren.

Denn verloren hat nicht nur die rechte Ratsseite, verloren haben aus unserer Sicht auch die gesamte Ustermer Bevölkerung, das Gewerbe, die Industrie und auch die Investoren. Und insbesondere auch die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen. Denn dieser detaillierte Richtplan löst in der Umsetzung enorme Folgekosten aus und diese müssen bezahlt werden.

Der Richtplan degradiert den MIV auf Stadtgebiet zum geduldeten und im Stadtzentrum zum geächteten Fortbewegungsmittel und erschwert die Mobilität insbesondere auch für die Unternehmen in einer teilweise wirtschaftsschädlichen Art und Weise.

Der Richtplan macht das Bauen in Uster durch unnötige Vorschriften und Verbote teurer, komplizierter und damit deutlich unattraktiver, sodass potenzielle Investoren möglicherweise genau überlegen werden, in welcher Stadt ihre Investitionen wirklich sinnvoll sind. Uster wird es eher nicht sein. Dies ist nicht ein konstruiertes Angstscenario, welches wir da verbreiten, dies sind die Erkenntnisse aus Gesprächen mit bekannten Ustermer Immobilienentwicklern und Investoren, welche wir in den letzten Wochen geführt haben. Mit dem vorliegenden Richtplan dürfte also das Ziel von mehr preisgünstigem Wohnraum verfehlt werden. Entweder wird zu wenig gebaut oder das Bauen ist so teuer, dass die kostendeckenden Mietpreise entsprechend hoch festgesetzt werden müssen.

Die FDP/Die Mitte-Fraktion kann die aktuelle Version des Richtplans grösstenteils nicht unterstützen und wird diesen in der Schlussabstimmung mehrheitlich ablehnen. Zudem werden wir in den nächsten Tagen prüfen, ob die finale Entscheidung den Hauptbetroffenen, den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern von Uster, überlassen werden sollte. Es geht um die Stadtentwicklung der nächsten Jahrzehnte und da sollte die Stimmbevölkerung eigentlich mitentscheiden können.

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion nimmt **Ursula Räuftlin (Grünliberale)** Stellung: *Im Eintretensvotum vor drei Wochen habe ich auf die für unsere Fraktion wichtigen Anliegen hingewiesen. Wie bereits in der Kommission haben wir uns für weiteren Verdichtungen an zentraler Lage und auch für die Förderung und Schaffung von Arbeitsplatzzonen ausgesprochen. Wir freuen uns auch über den Erhalt der Heusser-Staub-Wiese als Fussballplatz.*

Von den ca. 250 Anträgen haben wir an diesen zwei Abenden über ca. 100 Anträge diskutiert. Die eher links-grün-orientierte Minderheit in der KPB hat sich bereit in der Kommission kompromissbereit gezeigt und hat auch insbesondere am heutigen Abend nochmals Abstriche von ihrer Haltung z.B. bezüglich Tempo 30 gemacht und diversen Anträgen der SVP/FDP zugestimmt. Wir waren also bereit, mit der rechts-bürgerlichen Mehrheit Kompromisse einzugehen um damit einen ausgewogenen, mehrheitsfähigen Richtplan zu verabschieden. Ich hoffe deshalb nun, dass dieser zeitgemässe Richtplan heute so verabschiedet werden kann.

Es ist enorm wichtig, dass wir nach intensiven drei Jahren Arbeit an diesem Richtplan, diesen heute festsetzen zu können. Insbesondere möchte ich auch darauf hinweisen, dass bei einem allfälligen Referendum, der Stadtrat seinen ursprünglichen Antrag als Gegenantrag zum Richtplan einbringen könnte. Während der Zeit der Behandlung in der Kommission hat sich in Uster bereits einiges verändert. Vor allem bei den öffentlichen Bauten und Anlagen musste von der Kommission einige Festlegungen des Stadtrates an die neuen Begebenheiten angepasst werden. Die nun ausgearbeitete Version des Richtplanes ist ausgewogen. Er ermöglicht im Zentrum eine höhere Verdichtung, bietet Hand zu einer moderaten Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus und berücksichtigt die Anliegen der verschiedenen Verkehrsteilnehmer. Noch schlimmer wäre keinen neuen Richtplan zu erhalten. Eine Verdichtung im Zentrum wäre dann nicht möglich und auch die Schaffung von weiteren, dichteren Arbeitsplatzgebieten gäbe es nicht. Die Investoren werden sich bei einer Ablehnung des Richtplanes über ihre vergebenen Chancen bei der FDP bedanken. Jede politische Seite hat Abstriche an ihren politischen Ideologien gemacht, der vorliegende moderne Richtplan verdient ein klares Ja.

Für die SP-Fraktion nimmt **Andres Kronenberg (SP)** Stellung: *Die heutige Sitzung hinterlässt einen schalen Geschmack im Mund, die Mischung der diversen Snacks war etwas ungünstig. Jetzt haben wir einen Richtplan, der vieles möglich macht und zulässt. Wir haben vieles gemeinsam erreicht. In der KPB sind wir von der bürgerlichen Mehrheit etwas unter eine Walze geraten. Jetzt ist es den Bürgerlichen im Rat wohl ähnlich ergangen. Wir haben jetzt breiter abgestützte Beschlüsse. Einem allfälligen Abstimmungskampf könnten wir getrost entgegensehen. Die SP-Fraktion wird diesem Richtplan zustimmen.*

Für die SVP/EDU-Fraktion nimmt **Ulrich Schmid (SVP)** Stellung: *Das Fass ist übergelaufen. Wir haben die Arbeiten in der Kommission ernsthaft, konstruktiv und mit dem klaren Willen zu Kompromissen mitgetragen. Doch heute sehen wir: Die linke Ratsmehrheit hat sich bei allen vier Hauptthemen – Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Mobilität – durchgesetzt. Unsere Standpunkte wurden auch heute nicht oder nur teilweise berücksichtigt. Die «Inputs» des Gewerbes wurden fast vollständig ignoriert und somit gar nicht ernst genommen. So sieht ein Kompromiss nicht aus, sondern das ist eine Rückabwicklung unserer Arbeit. Unter diesen Voraussetzungen können wir diesem Richtplan nicht zustimmen. Wir werden im Anschluss ein Referendum prüfen, ob die Bevölkerung von Uster entscheiden darüber soll, ob dieser Richtplan wirklich die Grundlage für die Zukunft unserer Stadt sein soll.*

Für die Kommission Planung und Bau (KPB) nimmt **Balthasar Thalmann (SP)** Stellung: *Wie soll ich als Referent der Kommission nach einer derart langen Debatte noch Bilanz ziehen? Natürlich kann ich auf Anfrage statistische Angaben zu den Anträgen machen. Die Gewichtung ist eine politische Frage. Was passiert, wenn dieser Richtplan nicht durchkommen würde. Dann könnten viele weitere wichtige Anliegen nicht weiterverfolgt werden. Das wäre die Konsequenz, wenn heute im Rat oder bei einem Referendum die Vorlage scheitern würde. Es gilt zu erklären, was ein Richtplan ist. Jetzt ist der Zeitpunkt erreicht zu erklären, worum es mit diesem Richtplan geht.*

Jetzt gilt es zu danken, und zwar Rita Newnam, Nadine Kaspar und Manuela Raab aus der Abteilung Bau. Danke auch dem Ratsschreiber Daniel Reuter, welcher die Kommissionssitzungen protokolliert und die Anträge in eine Struktur gebracht hat. Und danken auch an Monika Füllemann, die uns insbesondere bei den Ratssitzungen gut betreut hat.

Präsident Ali Özcan (SP): Zuerst bereinigen wir das Dispositiv, wozu die KPB redaktionelle Änderungen (fett und unterstrichen) bei Ziffer 1 beantragt hat.

1. Die Gesamtrevision der kommunalen Richtplanung, datiert vom 7. Mai 2024, bestehend aus

den Richtplankarten, Massstab 1:10000:

Richtplankarte Teil Siedlung, Karte I: Siedlung

Richtplankarte Teil Siedlung, Karte II: **Stadtklima**

Richtplankarte Teil Landschaft

Richtplankarte Teil Mobilität, Karte I: MIV/ÖV

Richtplankarte Teil Mobilität, Karte II: Fussverkehr

Richtplankarte Teil Mobilität, Karte III: Veloverkehr

Richtplankarte Teil Öffentliche Bauten und Anlagen

dem Richtplantext zu den Richtplanteilen, inkl. Themenkarten:

Teil Siedlung

Teil Landschaft

Teil Mobilität

Teil Öffentliche Bauten und Anlagen

wird als Ersatz und in Aufhebung der Gesamtplanung (genehmigt am 15. Januar 1986) festgesetzt.

Dieser Antrag ist unbestritten, ein Gegenantrag ist nicht erfolgt. Der Änderungsantrag gilt damit als Beschluss.

Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung. Möglich ist danach ein Parlamentsreferendum (innert 14 Tagen nach Gemeinderatsbeschluss [GRB]) und ein Volksreferendum (innert 60 Tagen nach Publikation GRB), nur dann wäre auch ein Doppelantrag zulässig, indem der Stadtrat seinen eigenen Antrag ebenfalls den Stimmberechtigten vorlegen könnte (§ 11 Abs. 2 Gemeindegesetz [GG]).

E. Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 19:16 Stimmen:

1. Die Gesamtrevision der kommunalen Richtplanung, datiert vom 7. Mai 2024, bestehend aus

den Richtplankarten, Massstab 1:10000:
Richtplankarte Teil Siedlung, Karte I: Siedlung
Richtplankarte Teil Siedlung, Karte II: Stadtklima
Richtplankarte Teil Landschaft
Richtplankarte Teil Mobilität, Karte I: MIV/ÖV
Richtplankarte Teil Mobilität, Karte II: Fussverkehr
Richtplankarte Teil Mobilität, Karte III: Veloverkehr
Richtplankarte Teil Öffentliche Bauten und Anlagen

dem Richtplantext zu den Richtplanteilen, inkl. Themenkarten:
Teil Siedlung
Teil Landschaft
Teil Mobilität
Teil Öffentliche Bauten und Anlagen

wird als Ersatz und in Aufhebung der Gesamtplanung (genehmigt am 15. Januar 1986) festgesetzt.

2. Vom Bericht zu den Einwendungen nach § 7 Planungs- und Baugesetz (PBG) zur öffentlichen Auflage, datiert vom 7. Mai 2024, wird Kenntnis genommen.
3. Vom Bericht zu den Einwendungen nach § 7 PBG zur Anhörung, datiert vom 7. Mai 2024, wird Kenntnis genommen.
4. Vom Planungsbericht gemäss Art. 47 der «Raumplanungsverordnung» (RPV) vom 7. Mai 2024 wird Kenntnis genommen.
5. Der Versorgungsplan des kommunalen Gesamtplans (genehmigt am 15. Januar 1986) wird ersatzlos aufgehoben.
6. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen an der vorliegenden Gesamtrevision der kommunalen Richtplanung in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sie sich als Folge von Auflagen im Genehmigungsverfahren oder von Entscheiden im Rechtsmittelverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind öffentlich bekanntzumachen.
7. Der Stadtrat wird beauftragt, die Festsetzung in den entsprechenden Organen mit den notwendigen Rechtsmittelbelehrungen öffentlich bekannt zu machen.
8. Der Stadtrat wird beauftragt, nach Ablauf der Referendums- und der Stimmrechtsbeschwerdefrist, sowie einer allfälligen Volksabstimmung, die Genehmigung des kommunalen Richtplans bei der Baudirektion zu beantragen.
9. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

Der **Ratspräsident** dankt allen und zieht *als persönliche Bilanz: Ich kann jetzt besser im Kopf rechnen. Und in 30 Jahren wüsste ich besser, worauf ich besser zu achten hätte.* (Heiterkeit im Saal)

5 Kenntnisnahmen

Anfragen

Folgende Anfrage ist eingereicht worden:

- Anfrage 628/2025 von Paul Stopper (BPU) vom 10. September 2025: Wilde, illegale Parkierung auf dem Areal der «Unteren Farb»

Folgende Anfrage ist beantwortet worden.

- Anfrage 622/2025 von Marco Kranner (Grünliberale), Josua Graf (Grünliberale) und Ursula Räuftlin (Grünliberale) vom 7. Juli 2025: «Massnahmen zur Verhinderung von Hitze-Inseln in der Stadt Uster» (Stadtratsbeschluss vom 16. September 2025)

Vorstösse, Fristverlängerung

Motion 623/2025 von Walter Meier (EVP) und Urs Lüscher (EVP) vom 7. Juli 2025: Musik-Lehrpersonen, Anpassung der Löhne

Zirkularbeschluss der Geschäftsleitung vom 12. September 2025: Die Frist für die erste Stellungnahme des Stadtrates wird bis 27. November 2025 verlängert.

Dokumente

Die Ratsmitglieder haben erhalten am

- 22. September 2025: Programm «Nachhaltigkeitstage» 2025 der Fachstelle Nachhaltigkeit

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 27. Oktober 2025, 19 Uhr statt.

Die übernächste Sitzung vom 17. November 2025, 19 Uhr ist eine Doppelsitzung.

Für das Protokoll
3.10.2025

Der Ratsscheiber
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugt
17.10.2025

Der Präsident
Ali Özcan

Veröffentlicht: 20.10.2025